

Die komplizierteste Frage

„Für die Einrichtungen des Vereins sind geeignete Formen der Mitentscheidung durch die Belegschaftsvertretungen zu entwickeln, insbesondere im Falle der Ernennung von Angehörigen des Leitungspersonals und der Einstellung neuer Mitarbeiter/innen.“ (Satzung RLS § 12,2)

Ehrlich gesagt: keine Ahnung, wer wann diesen Satz formuliert hat. Aber es gibt ja dicke Wälzer und jahrhundertlange Kontroversen über die Autorenschaft von Texten, da ist es nur gerecht, zehn Minuten Redezeit ergattern zu können zu einem Satz, dessen Autorenschaft vorgeblich völlig unstrittig ist, und diese Zeit nutze ich jetzt. Nichts falsch machen kann ich mit der Feststellung, dass auch dieser in Frage stehende und mit viel Sicherheit auf das Ende des letzten Jahrhunderts datierte Satz ein Spiegel der Irrtümer seiner Zeit ist.

Nahe liegt, dass am Beginn des schwierigen Geschäfts der Erfindung und Ingangsetzung von Institutionen solche selbstmitreißenden Überschussformulierungen als utopisierende Mutmacher sogar den Weg ausgerechnet in Satzungsparagraphen finden. Bei Parteien greift man stattdessen besonders gerne auf Programme zurück. Man setzt in einer solchen Situation an zum langen Sprung vom ausgehaltenen Klein- zum selbstorganisierten Mittelbetrieb, beginnt etwas Neues, chancenreich aber verlockend alternativlos, denn wer kann schon einem Unikat – oder soll ich Monopol sagen? – widerstehen, das mittlerweile zur unerhört bekannten Rosa Luxemburg Stiftung geworden ist.

Solche Sätze formulierten also den Schwung, der im Selbstermächtigungskampf sehr angebracht ist. Das war die postsozialistische Neuzeit des Ostens, in der die Demokratie als Allesversprechen den realen Staatssozialismus ablöste und die linkssozialistische Traditionszeit des Westens, für die Demokratie selbstverständlicher und hochgefährdeter Kampfraum war. Man sollte also meinen, dass die Freunde und die Freunde der Freunde eines solchen, gleich doppelten Hochwertbegriffs (Bollenbeck), eben der Demokratie, eine unschlagbare Langzeitressource aufs Spielfeld getrieben hätten, die nicht zu toppen ist. Antidemokraten sind ja immer die anderen.

Das aber war auch der erste, ebenso doppelte Irrtum dieser Zeit. Andere Medien spielten seitdem eine ständig wachsende Rolle in der allmählichen Vergesellschaftung der Stiftung: Verwaltung – also Entscheidungen und Prozessteuerung durch Regeln und Verfahren – die Medien Recht und Geld, die Unrecht und Geldmengen verteilen oder auch das Medium der Wahrheit, das in der Stiftung weit verbreitet war, weil hier Intellektuelle und Linke sind. Medien oder Produkte wie Verwaltung, Geld oder Wahrheit haben es sogar in Tabellenform in den fabelhaften neuen Jahresbericht der Stiftung geschafft, mit Kurven, die dauernd nach oben gehen.

So bleibt verborgen, dass hier zugleich Verteilungen von Gleichheit und Ungleichheit passieren. Diese Stiftung ist sicher keine „Gesellschaft der Gleichen“, natürlich nicht.

Damals, als dieser Satzungssatz formuliert wurde, schien Demokratie tendenziell zu sein, was für die Politische Ökonomie das Geld ist: ein Medium der allgemeinen Vermittlung. Wo ein Problem ist, kann es durch Mitbestimmung erfreulich sanft gelöst werden. Keine Komplexität, der man durch Demokratie nicht Herr werden könnte. Keine Demokratie, die der Demokratisierung ihrer selbst widerstehen könnte. Kurz: es gab wirklich eine Menge Demokratieoptimismus, gespeist aus dem nur langsam schrumpfenden Zustand der Überpolitisierung.

Die beharrliche Eigenmacht und Legitimationskraft der Medien Verwaltung, Recht oder Geld bei der Organisation und Machtlokation in der Institution Rosa Luxemburg Stiftung wurden grandios unterschätzt. Politisch brambardisierende und in Kleinbetrieben sozialisierte West-intellektuelle wurden locker durch Buchhaltungsexpertise ausgetrickst und verhungerten in sehr versehentlichen Updaterückständen ihrer Textsoftware. Institutionserfahrene Ostler dagegen pflegten Informalität, Schweigen und ihr Telefonverzeichnis. Sie hebelten über Jahre das Kollektive an der Demokratie und ihrer Entscheidungskultur aus und hatten gute Gründe dafür. Die Westler waren blöde¹, die Ostler böse², will man die Stiftungsdemokratiefraage materiell abklären. Beide aber waren sich ganz darin einig, von Demokratie nicht in den Begriffen der Verteilung von Macht und Ohnmacht, also in den *terms* politischer Ungleichheit zu reden. Aber indem sie beide zugleich voller Mühe durch Recht, Regeln, Geld und Wahrheit nicht wenig Zugänge, Beteiligungen und Verfahren oder Wissen schufen und an formelle Anspruchsberechtigungen koppelten und so einen neuen komplexen Modus des Politischen, also der Machtverteilung etablierten, dämmten sie das lang sehr präsente Willkürliche, Unkalkulierbare oder Heimliche im politischen Raum der Stiftung ein, kurz: sie beförderten politische Gleichheit und, oftmals als Nebenwirkung, als *side-effect*, Demokratie. Die Institution Stiftung ausgerechnet durch das politische Medium Demokratie selbst zu prägen und zu strukturieren, in dem radikal alles und jedes bindenden politischen Kollektiventscheidungen unterworfen wurde – das gab es nicht. Es war nicht bloß nicht der Fall, sondern eher *crazy*.³

Schauen wir die Jahresberichte der Stiftung an, finden wir zuhauf tolle Ereignisse und gelungene, nach außen gerichtete löbliche Absichten. Aber Kapitel zu Stiftungsdemokratie mitsamt keine Demokratiekurven fehlen. Es gibt auch keine Dichte- oder Größenverteilung des Demokratischen. Auch die Stiftungspostdemokratie sucht man vergebens, kein Ort, nirgends, in dieser Stiftung soll es postdemokratisch zugehen? Und ebenso wenig wie 1999 macht heute die Stiftungswebsite neugierig auf das ganz besondere, das Demokratisch-Sozialistische am Unternehmen RLS.

Es müsste Unterschiede machen: wie kommen wir von Unterrichtung und Debatte über Anhörung und Konsultation (alles in diesem Betrieb deutlich ausgeweitete Momente) zu Entscheidung? Wie und wieweit können Beteiligte und Betroffene dauerhaft an der Entscheidung über Regeln und die Prozeduren und Ergebnisse ihrer Anwendung mitwirken? Wie können Teil- und Gesamtinteressen so durcheinander gebracht werden, dass Abschottung der Teilbereiche in eine aktive Kooperation verwandelt wird? Wie können wir Demokratie als ein Regelwerk gemeinsamen Lernens entwickeln? Könnte Teilhabe ein Krüppel bleiben, wenn keine substantielle Entscheidungsbeteiligung eingeschlossen ist? Da ist schon ein Veto viel wert, wenn es als Recht auf Blockade und nicht als Verschiebebahnhof praktiziert wird. Teilhabe schließlich ist gut, ein sozialistisches Resultat (Produkt) aber ist erst die eigene Probe auf das Exempel Demokratie. Dann spielt die RLS mit in der neuen Debatte um Wirtschaftsdemokratie und besteht darauf, das im Kapitalismus unübliche Beharren auf dem Sozialistischen beizubehalten.

Wie kommen wir also in der RosaLux dazu, dass Wörter zum Alltag werden, die mit „Selbst“ beginnen: Selbstvertretung, Selbstbeteiligung, Selbstbestimmung, Selbstaktivierung, Selbstbewusstsein? Das ist die komplizierteste Frage, die wir uns vornehmen können.

¹ Vgl. Markus Metz, Georg Seeßlen: *Blöd-Maschinen. Die Fabrikation von Stupidität*, Frankfurt 2011

² Vgl. Terry Eagleton: *Das Böse*, Berlin 2011

³ S. das unveröffentlichte Memorandum: *Sozialistische Ideen müssen in der Praxis erfahrbar werden – auch in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aufschrei von desillusionierten MitarbeiterInnen*, Berlin, o.J. (2001/2?), VIER SEITEN. Die Verfasser sind immer noch bekannt. Auch der Verfasser dieses Textes vom Samstag, 7. Februar 2015, 10:50:16.